

V-5 NRW kann es besser: Kohleausstieg und Energiewende konsequent anpacken

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 10.02.2020
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

1 **NRW kann es besser: Kohleausstieg und** 2 **Energiewende konsequent anpacken**

3 2019 war leider wieder ein verlorenes Jahr für die Energiewende und den
4 Klimaschutz in NRW:

- 5 • Die Ausbauzahlen für die Windenergie brachen ein, die Zukunftsbrache ist
6 in Deutschland gegen den globalen Trend mit Massenentlassungen und
7 Insolvenzen konfrontiert.
- 8 • Das Klimapäckchen der Bundesregierung stellt bei weitem nicht die
9 notwendigen Weichen zum Erreichen der Klimaschutzziele, auch wenn es
10 Grünen im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat gelungen ist,
11 substantielle Verbesserungen vor allem beim CO₂-Preis durchzusetzen.
- 12 • Und zuletzt brauchte die Bundesregierung nach dem Vorschlag der
13 Kohlekommission ein ganzes Jahr, um einen Gesetzentwurf für einen
14 Kohleausstieg vorzulegen.

15 Auch wenn die Kritik zu recht überwiegt - dass wir heute überhaupt einen CO₂-
16 Preis bekommen werden und ein Kohleausstiegsgesetz vorliegt, ist erst mal Erfolg
17 der Klimaschutzbewegung. Erst die Massenproteste im Hambacher Wald, dann die
18 FFF-Bewegung, die hunderttausende Menschen auch in Deutschland auf die Straße
19 gebracht hat: die Bundesregierung wurde so unter Druck gesetzt, dass sie ihrer
20 Blockadehaltung beim überfälligen Kohleausstieg aufgeben musste. Auch wenn das
21 aktuelle Gesetz weit davon entfernt ist, die Klimaschutzziele zu erreichen und
22 etliche fatale Fehlstellungen enthält, ist dennoch der überfällig Einstieg in
23 den Ausstieg. Den gilt es jetzt zu verbessern.

24 Denn das, was die Bundesregierung nun nach dem langen Warten vorgelegt hat, ist
25 alles andere als eine 1:1 Umsetzung der Empfehlungen der Kohlekommission. An
26 entscheidenden Stellen weicht das Gesetz, an dem auch die NRW-Landesregierung
27 mitarbeitete, von den Empfehlungen deutlich ab.

28 Ministerpräsident Armin Laschet feiert den NRW-Beitrag zum Kohleausstieg als
29 besonders groß. Fakt aber ist: Er hat sich auf Bundesebene dafür eingesetzt,
30 dass zu Beginn des Ausstiegs erst noch ein neues Kohlekraftwerk ans Netz geht
31 und Tagebaue ohne Berücksichtigung der veränderten energiewirtschaftlichen
32 Bedingungen für energiewirtschaftlich notwendig erklärt werden. Statt den
33 anstehenden Kohleausstieg und Strukturwandel als Chance zu begreifen und
34 Verantwortung beim Klimaschutz zu übernehmen, macht sich Ministerpräsident
35 Laschet für Kohleunternehmen stark. Mit dem Kohleausstiegsgesetz verschenken
36 Bundes- und Landesregierung die Chance, den in der Kohlekommission mühsam

37 erarbeiteten und gefundenen Kompromiss umzusetzen. Sie brechen damit auch hier
38 in NRW wieder den Konflikt um die Kohle auf, anstatt dazu beizutragen, ihn zu
39 beenden. Wir unterstützen die Klimabewegung in ihrem friedlichen Protest und
40 fordern alle Beteiligten auf, weiterhin friedlich zu agieren.

41 Aus unserem Bundesland stammen ein Drittel der deutschen CO₂-Emissionen. Das
42 bringt die Verantwortung mit sich, den Strukturwandel und Kohleausstieg aktiv
43 voranzutreiben und mitzugestalten, z.B. indem das Rheinische Revier in eine
44 klimafreundliche Region verwandelt wird. Mit der Erzählung, NRW würde für den
45 Kohleausstieg besonders große Opfer bringen, zeigt die Landesregierung, dass sie
46 keine Vorstellung davon hat, welches Potenzial und welche Innovationskraft in
47 NRW steckt. Jetzt gilt es die Chance dieses Wandels zu ergreifen, den Ausbau der
48 Erneuerbaren Energie voranzutreiben und den grünen Wandel in NRW zu gestalten.
49 NRW, mit seiner Geschichte im Rheinischen Revier, dem Ruhrgebiet, Westfalen und
50 den Orten der Produktionsweise der "alten Zeit", hat die Chance die erste
51 klimaneutrale Region Europas zu werden.

52 ALLE DÖRFER MÜSSEN BLEIBEN

53 Nicht nur für neue Kohlekraftwerke scheint sich die Landesregierung NRW in
54 Berlin stark gemacht zu haben. Als einziger Tagebau wird Garzweiler II im
55 Entwurf des Kohleausstiegsgesetzes der Bundesregierung explizit genannt und ihm
56 eine energiewirtschaftliche Notwendigkeit bescheinigt – ohne, dass Gutachten
57 unter Berücksichtigung des Kohleausstiegs das festgestellt hätten. Es fehlt der
58 Beleg für diese Festschreibung. Ministerpräsident Laschet lässt sich damit
59 Abriss und Umsiedlung der Dörfer am Tagebau per Bundesgesetz festschreiben,
60 statt für die Menschen vor Ort zu kämpfen. Wir Grüne sind weiterhin davon
61 überzeugt, dass die bei einer 1:1 Umsetzung des Kohlekompromisses die Dörfer und
62 der Hambacher Wald gerettet werden können. Die aus wirtschaftlichen Gründen
63 vorgezogene Abschaltung des Kraftwerks Weisweiler und Beendigung des Tagebaus
64 Inden dürfen nicht dazu führen, dass Kraftwerksblöcke in Neurath und Niederaußem
65 länger betrieben werden und dafür eine stärkere Auskohlung des Tagebaus
66 Garzweiler sowie Zwangsumsiedlungen der Dörfer in Kauf zu nehmen. Wir fordern
67 den Ministerpräsidenten auf, Verantwortung zu übernehmen und den Menschen in den
68 Garzweiler-Dörfern eine Perspektive zu bieten. Die nun zu erarbeitende neue
69 Leitentscheidung muss den Erhalt der Dörfer beinhalten.

70 #HAMBIBLEIBT - MEHR ALS EIN INSELWALD

71 Ein großer Erfolg für die Klima- und Umweltbewegung ist der angekündigte Erhalt
72 des Hambacher Waldes. Der Erhalt des Waldes muss jetzt auch rechtlich durch die
73 neue Leitentscheidung abgesichert werden. Der Erhalt des Waldes ist aber
74 keinesfalls ein „Geschenk“ an die Bewegung, mit welchem die Zustimmung zu einem
75 völlig unzureichenden Kohleausstiegsgesetz erkaufte werden könnte.

76 Der Hambacher Wald braucht jetzt eine echte Perspektive, damit er mehr wird als
77 eine bewaldete Halbinsel in zerstörter Landschaft. Wir wollen, dass der
78 Hambacher Wald Herzstück eines neuen Biotopverbundsystems im Rheinischen Revier
79 wird, verbunden mit den Waldflächen im Umkreis und den rekultivierten
80 Tagebauflächen. Dafür muss der Hambacher Wald als Eigentum einer
81 Naturschutzstiftung dauerhaft gesichert werden.

82 DATTELN IV DARF NICHT ANS NETZ GEHEN

83 Fast abstrus ist es, dass der Kohleausstieg mit der Inbetriebnahme eines neuen
84 Steinkohlekraftwerks in Nordrhein-Westfalen beginnen soll – das ist das völlig
85 falsche Signal. Datteln IV wäre das letzte neue Kohlekraftwerk, das in
86 Westeuropa noch ans Netz geht. Anstatt auf Strom aus Erneuerbaren Energien zu
87 setzen, zementiert die Landesregierung mit ihrem Einsatz für das Kraftwerk, dass
88 sie nur schwer von der Kohle lassen kann.

89 Mit ihrer Entscheidung widerspricht die Bundesregierung ausdrücklich den
90 Empfehlungen der Kohlekommission, eine Verhandlungslösung zu finden, um noch
91 nicht im Betrieb befindliche Kraftwerke nicht ans Netz zu nehmen. Armin Laschet
92 hat kräftig mitgewirkt, eine solche Verhandlungslösung zu verhindern, indem er
93 öffentlich die Höhe von immensen 1,5 Mrd. Euro Entschädigungssumme an den
94 Betreiber Uniper nannte. Eine Summe, die in dieser Höhe gar nicht mehr im Ansatz
95 den Wert des Kraftwerks für Uniper widerspiegelt. Datteln IV ist Symbol des
96 Einknickens der Landesregierung gegenüber dem Gewinninteresse eines Konzerns,
97 dessen Geschäftsmodell der Vergangenheit angehört.

98 Nicht nur die Emissionen von Datteln IV sind eine Belastung für Klima, Umwelt
99 und Menschen, sondern auch der Abbau der für Datteln IV benötigten Steinkohle,
100 die unter katastrophalen Abbaubedingungen in den Lieferländern gewonnen wird,
101 unter anderem in Russland. Für die billige Kohle bezahlen die Menschen dort mit
102 ihrer Gesundheit, werden Menschenrechte missachtet, wird Trinkwasser verseucht
103 und Raubbau an der Natur betrieben. Politik, Unternehmen und Beschäftigte hier
104 in NRW sind gemeinsam den richtigen Weg gegangen, Ende 2018 aus dem
105 Steinkohlebergbau auszusteigen, weil er keine Zukunft mehr hatte. Jetzt noch
106 jahrzehntelang Blutkohle aus dem Ausland zu importieren, ist genau die falsche
107 Konsequenz aus diesem Ausstieg. Wir fordern: Datteln IV darf nicht ans Netz. Mit
108 Investitionen in zukunftsfähige Arbeitsplätze wollen wir das Ruhrgebiet stärken.

109 DER AUSSTIEG DARF NICHT AUFGEBSCHOBEN WERDEN

110 Statt wie von der Kohlekommission empfohlen, sowohl Stein- als auch
111 Braunkohlkraftwerke stetig abzuschalten, hat die Bundesregierung das Abschalten
112 von Braunkohlekraftwerksblöcken auf das Ende unseres Jahrzehnts bzw. in die
113 2030er Jahre verschoben. Das führt zu erheblich mehr Emissionen und lässt es
114 noch unwahrscheinlicher werden, dass Deutschland die Pariser Klimaziele
115 erreicht. Der Klimaschutz erfordert ein schnelleres Abschalten. Denn jede Tonne
116 CO₂ die nicht mehr freigesetzt wird, ist gut für den Klimaschutz. Damit kündigt
117 die Bundesregierung den mühsam gefundenen Kohlekompromiss auf. Wir fordern die
118 1:1 Umsetzung der Kohlekommission: Einen stetigen Ausstieg aus der Kohle.

119 MEHR TEMPO BEI SONNE UND WIND

120 In den letzten Jahren haben schwarz-rote Bundesregierung und schwarz-gelbe
121 Landesregierung dafür gesorgt, dass die Energiewende sehenden Auges vor die Wand
122 gefahren wird. Wir erleben aktuell eine schleichende Deindustrialisierung bei
123 den Erneuerbaren Energien – nicht zuletzt wegen der Verhinderungspolitik der
124 schwarz-gelben Landesregierung bei der Windenergie in NRW, unnützen Diskussionen
125 zu Mindestabständen und dem fast erreichten Deckel bei der Solarförderung. Die
126 Landesregierung verschläft die Chance den Wandel in NRW zu gestalten und für

127 unser Industrieland eine Energieversorgung mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien
128 aufzubauen.

129 Wir brauchen jetzt eine Offensive für Erneuerbaren Energien. Gerade im
130 Rheinischen Revier gibt es noch ein großes Potenzial. Die Strukturmittel müssen
131 deshalb in klimafreundliche Projekte fließen. Wir brauchen einen Klimavorbehalt
132 und Mittel, um den Ausbau Erneuerbarer Energien zu unterstützen. Wenn NRW eine
133 Chance haben soll, von den Mitteln des europäischen Milliarden-Topfes „Just
134 Transition Fund“ zu profitieren, dann indem es die Mittel besonders ökologisch
135 konditioniert. Wir fordern deshalb die Rücknahme der hohen Abstandsregelungen
136 für Windenergieanlagen in NRW, bessere Beratung und eine Entbürokratisierung für
137 die Solarenergie in NRW sowie den Klimavorbehalt für Strukturmittel, die in NRW
138 eingesetzt werden.